

## Kleine Anfrage 3078

der Abgeordneten Sahra Damus (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

an die Landesregierung

### Satzung der "Stiftung Garnisonkirche Potsdam

Die Satzung der "Stiftung Garnisonkirche Potsdam", in dessen Kuratorium das Land Brandenburg (derzeit durch den Innenminister) vertreten ist, bezieht sich auf den "Ruf von Potsdam" vom 15. Januar 2004, der von der "Fördergesellschaft für den Wiederaufbau der Garnisonkirche Potsdam e. V." in Umlauf gebracht wurde.

Der Aufruf beginnt mit den Worten: *"Der Zweite Weltkrieg war bereits entschieden, als ein Luftangriff am 14. April 1945 die Potsdamer Mitte in Trümmer legte".*

Hierdurch wird suggeriert, dass die Alliierten keine militärischen Ziele verfolgten, was ein Kriegsverbrechen dargestellt hätte.

Prof. Dr. Günter Morsch, der damalige Direktor der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, war vom Vorsitzenden der Fördergesellschaft gebeten worden, den "Ruf aus Potsdam" mitzutragen. In einem Schreiben an die Fördergesellschaft legte Prof. Morsch dar, weshalb er den Aufruf ablehnt. Nach seiner Einschätzung ist die Potsdamer Garnisonkirche *"in erster Linie ein Symbol der freiwilligen Selbstpreisgabe eines großen Teils der Eliten des Deutschen Reiches an die „braune“ Diktatur. Ich kann daher zu meinem Bedauern ihren Aufruf nicht nur nicht unterstützen, sondern distanzieren mich ausdrücklich davon"* (Schreiben vom 8. März 2005, Archiv der Konrad-Adenauer-Stiftung, 01-893/079).

Matthias Grünzig führt in seinem Aufsatz „Sehnsuchtsort der Neuen Rechten“ aus: Im Nutzungskonzept der „Stiftung Garnisonkirche Potsdam“ gebe es *„kaum Hinweise darauf, wie eine Instrumentalisierung der Garnisonkirche durch rechte Kreise verhindert werden soll. Zu den Verbrechen, die von der Garnisonkirche ausgingen, finden sich vor allem wolkige Formulierungen. [...] So entsteht der Eindruck, deutsche Verbrechen sollten verharmlost und relativiert werden. Passend dazu fallen die Protagonisten des Wiederaufbaus immer wieder durch irritierende Äußerungen auf, die durchaus Anknüpfungspunkte für rechte Ideologien bieten. Ein Beispiel ist der „Ruf aus Potsdam“, der 2004 von der FWG initiiert wurde“* (Matthias Grünzig, Sehnsuchtsort der Neuen Rechten: Die Potsdamer Garnisonkirche, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1/2018, S. 21-24).

Auch der wissenschaftliche Beirat des „Lernorts Garnisonkirche“ argumentiert, der „Ruf aus Potsdam“ sei geprägt „von Argumenten der ‘Neuen Rechten’ und dem damaligen Bemühen, die von dem rechtsradikalen ehemaligen Bundeswehroffizier Max Klaar geleitete Traditionsgemeinschaft Potsdamer Glockenspiel in das Projekt einzubeziehen. (...)“

Der Text des ‘Rufs aus Potsdam’ folgt zu einem guten Teil dem Argumentationsmuster des im Februar 1990 veröffentlichten und in seiner Wirkung so erfolgreichen ‘Rufs aus Dresden’, jedoch mit einem wichtigen Unterschied: Während letzterer ein klares Eingeständnis der deutschen Kriegsschuld enthielt, artikuliert der Ruf aus Potsdam eine Opferperspektive, spricht anklagend von Missbrauch, Hinrichtung und Rechtsstaatswidrigkeit.

Die Geschichte der Kirche wird beschönigt, der Tag von Potsdam als Missbrauch des Ortes dargestellt, obwohl dokumentiert ist, dass Generalsuperintendent Otto Dibelius maßgeblich zu seinem Zustandekommen beigetragen und die Machtergreifung in seiner Predigt am 21. März 1933 begrüßt hatte. [...] Der Bombenangriff auf Potsdam wird als überflüssiger Zerstörungsakt und damit quasi als Kriegsverbrechen beschrieben, obwohl belegt ist, dass er der militärischen Infrastruktur in Vorbereitung auf den Angriff auf Berlin galt. Da die Wehrmacht trotz hoffnungsloser Lage nicht bereit war zu kapitulieren, blieb den Alliierten nichts übrig, als bis zum bitteren Ende zu kämpfen.

Der Aufruf zeichnet ein idealisiertes und verfälschtes Bild der Kirchengeschichte, das in deren angeblicher Rolle für den Widerstand des 20. Juli 1944 mündet. Dabei hat die Forschung längst erwiesen, dass die Garnisonkirche kein Ort des Widerstands, sondern eine ihrer beliebten Kultstätten des Nationalsozialismus war. Schon spätestens seit Mitte des 19. Jahrhundert diente die Potsdamer Garnisonkirche der Erziehung zum Gehorsam, zu undemokratischem und kriegsverherrlichendem Geist, zu völkischem und rassistischem Gedankengut. Doch zur Problematik der Kirche als Ausgangspunkt und Legitimationsort menschenverachtenden Denkens und unsäglichen Kriegsverbrechen wie dem Völkermord an den Herero und Nama findet sich im Ruf aus Potsdam kein Wort“ (<https://lernort-garnisonkirche.de/eine-distanzierung-vom-ruf-aus-potsdam-tut-not/>).

Ich frage die Landesregierung:

1. Distanziert sich die Landesregierung vom "Ruf aus Potsdam"? Wenn nein, warum nicht?
2. Wird der Innenminister im Kuratorium der "Stiftung Garnisonkirche Potsdam" eine Satzungsänderung beantragen mit dem Ziel, dass keine Bezugnahme mehr auf den „Ruf aus Potsdam“ erfolgt? Wenn nein, warum nicht?